

Nationalismus

(hier am Beispiel der chinesischen Staatsbürger – Textauszug auf meinem Buch Teil II, Kapitel 9):

Westliche Beobachter stellen immer wieder mit Bedauern fest, dass das chinesische Volk sich trotz aller materiellen Probleme, die es zu bewältigen, trotz aller gesellschaftlichen Ungleichheit, die es moralisch zu verarbeiten, und auch trotz aller behördlich-politischen Schikanen, die es zu erdulden hat, mehrheitlich *einig* weiß mit seiner politischen Führung. Eine Erklärung für diesen in der Tat bemerkens- und erklärenswerten Sachverhalt liefern sie auch: Für dieses Verhalten kann nur ein höchst fragwürdiger *Nationalismus* verantwortlich sein.

Es ist interessant, wie hellichtig diese Leute sein können, wenn sie aus Ländern berichten, die ihnen nicht genehm sind. Da fällt den Profis in Sachen Weltbeobachtung glatt auf, was sie sonst eher selten und in ihren Heimatländern schon gar *nicht* feststellen können: Menschen, die nicht Nutznießer der ökonomischen und politischen Verhältnisse sind, in denen sie leben, stehen »trotzdem« zu ihrer Regierung und »lieben« erklärtermaßen und sogar ziemlich fanatisch die Nation, die ihnen doch ihr schäbiges Leben einbrockt. Den Nationalismus, den sie bei *chinesischen* Menschen im Unterschied zu anderen dieser Spezies also spielend dingfest machen, stellen sich die westlichen Journalisten andererseits ziemlich sonderbar vor. Weil sie selbst der Ansicht sind, dass der chinesische *Staat* die Zustimmung seines Volks *nicht verdient* – hier äußert sich übrigens nichts anderes als ihr *eigener* Nationalismus, i.e. ihre Loyalität zu dem Staat, in dessen Herrschaftsgebiet es sie verschlagen hat und dessen innen- wie außenpolitische Ansprüche, Sorgen, Standpunkte sie parteilich nachempfinden –, können sie sich gar nicht vorstellen, dass ein einfacher chinesischer Untertan es in *diesem* Land mit *dieser* Herrschaft aushält. Eigentlich, so denken sie, müsste hier ein Volk kurz vor der Revolte stehen, tut es dann doch aber nicht. Warum nicht? Weil das totalitäre Regime seine Massen mit nationalistischer Ideologie überschüttet und damit von dem ablenkt und abbringt, was eigentlich naheliegt: Kritik an den Verhältnissen zu üben.

Zwar ist es schon ein wenig widersprüchlich anzunehmen, ein Staat könne mit Goldmedaillen, geschickt dosiertem Antiamerikanismus etc. Menschen nationalistisch einwickeln, die sich gerade Widerstand gegen ihn auf die Fahne geschrieben haben. Was sollte die an den Erfolgen eines Staates beeindrucken, den sie doch gerade abschaffen wollen? Die Vorstellung, dass sich die Chinesen zum Nationalismus verleiten lassen, *statt* zu protestieren, verrät aber, dass ihre selbsternannten westlichen Betreuer sehr ungeniert der Idee anhängen, dass man *Massen* nach Belieben *manipulieren* könne. Im Falle Chinas *ärgern* sie sich zwar darüber, dass die (angebliche) Manipulation funktioniert; aber genau damit gestehen sie ein, dass es ihnen im Prinzip enorm *einleuchtet*, wenn eine Staatsmacht ihre Untertanen mit Demonstrationen staatlichen Erfolgs – weltpolitisch genauso wie auf der Ebene extra dafür veranstalteter Sportereignisse – beeindruckt und begeistert.

Wahr an dieser Wunschvorstellung manipulativer Lenkung ist lediglich, dass man nationale Gefühlswallungen *anfachen* kann – genau das wollen die Staaten, die so etwas veranstalten oder ihre Sportler dorthin schicken, ja auch, ob in Deutschland bei der WM oder in Beijing bei der Olympiade. Dies unterstellt allerdings immer, dass es die *Gefühle*, die man in patriotische Wallungen versetzen will, bereits *gibt*.¹

So verhält es sich auch in China: Das Volk steht auch dort in seiner großen Mehrheit loyal zu seiner Führung und patriotisch zu seiner Nation – *erklärenswert* ist das allemal, auch wenn sich die Haltung dieses Volks, die man durchaus zu Recht als Nationalismus kennzeichnen

¹ Einen erklärten *Gegner* seiner Nation und ihrer Zwecke wird kein Staat dieser Welt zu Tränen rühren, wenn seine Hymne gespielt, ein Bataillon Rekruten vereidigt oder eine parlamentarische Feierstunde zu Ehren eines nationalen Erfolgs abgehalten wird.

kann, in *nichts* von anderen Völkern unterscheidet. Wie alle Völker nämlich behandelt auch das chinesische des Jahres 2009 das, was ihm seine Führung ökonomisch und politisch auferlegt, schlicht als die alternativlose, quasi-natürliche *Bedingung*, unter der es sein Leben zu führen hat. Es streckt sich nach der Decke – und wenn das jetzt unter den Vorzeichen einer »kapitalistischen Marktwirtschaft« zu passieren hat statt wie früher unter dem »Banner des Sozialismus«, dann tut es das in beiden Fällen in durchaus ähnlicher Manier: Angesichts eines Programms, das *getrennt* von ihm beschlossen wird, sucht es *damit* zurechtzukommen und für sein privates Leben das Beste daraus zu machen. Auf diese extrem unspektakuläre Art, schlicht indem es *mitmacht*, was verlangt oder auch nur rechtlich erlaubt wird, setzt ein Volk – in diesem Fall das chinesische – ganz grundsätzlich die Berechnungen seiner *Herrschaft* in Kraft: Es arbeitet auf den Feldern und in den Fabriken, es zahlt Steuern und zieht seine Kinder groß, es lässt sich verwalten und stellt im Ernstfall Soldaten, die die Nation und ihr Territorium bzw. ihre Ansprüche verteidigen. So funktioniert der *Dienst* des Volks an der Nation in seinem ganz *elementaren Sinn* – also lange, bevor »Hurra« gerufen oder mit einer Fahne gewedelt wird; und so funktioniert er auch gerade dann, wenn die Menschen das, was sie tun, für ihr ganz *privates* Leben halten, in dessen Intimsphäre kein Staat etwas zu suchen hat.

Zu dieser meist ganz *ohne bewusste* Entscheidung, allein durch die Bewältigung des eigenen Alltags stattfindenden *praktischen Loyalität* gegenüber der Staatsgewalt, auf deren Territorium jemand zufällig das Licht der Welt erblickt hat, tritt eine zweite *explizite* Loyalität *hinzu*. Dass sie in allen möglichen Fragen *abhängig* sind von der *überlegenen Macht*, die eine staatliche Herrschaft allemal auszeichnet, nehmen Völker wie einen guten Grund dafür, sich *positiv* zu dieser Macht zu stellen. Sie begreifen den Umstand, dass sie dieser Macht alternativlos *unterworfen* sind, als quasi natürliches Verhältnis wechselweisen *Schutzes* und Aufeinander-Angewiesenseins. Sie denken (und handeln) darin in etwa wie Kinder, die ihre Eltern, von denen ihr Leben sehr elementar abhängt, auch dann lieben, wenn sie von ihnen weder sonderlich gut behandelt noch zurückgeliebt werden. Ganz analog halten Angehörige eines Volks die *besondere* Herrschaft, der sie durch den Zufall ihrer Geburt *unterworfen* sind, für etwas, was ihnen nahe steht und ihnen – im Unterschied und im Gegensatz zu *anderen* Herren in dieser Welt – *entspricht*.

Auch die chinesischen Menschen begreifen sich zumindest mehrheitlich auf Basis dieses Gedankens als nationales *Kollektiv*. Praktisch setzt ihr Staat sie heute in ein allseitiges Verhältnis der ökonomischen Konkurrenz, produziert jede Menge Unterschiede und Gegensätze zwischen ihnen. Als *politisch* denkende Bürger begreifen sie sich dessen ungeachtet als Teil eines Ganzen, zu dem alle gehören, die der Herrschaftsanspruch ihres Staates umfasst: Nutznießer und Geschädigte, Herrscher wie Beherrschte. Materielle Unterschiede und Gegensätze, oben und unten – all das spielt keine Rolle, wenn in dieser Art gedacht und nur das große »*Wir*« gesehen wird. Weil sie sich von ihrer Staatsgewalt praktisch in vielfacher Weise, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, *abhängig* wissen, wünschen sie ihr und ihren Vorhaben prinzipiell gutes Gelingen. So teilen sie als Staatsbürger ideell den Standpunkt ihrer Herrschaft, dass das Funktionieren des »großen Ganzen« sich nach innen gegen die vielen privaten Egoisten und nach außen gegen konkurrierende Nationen durchsetzen muss.

Ausgerechnet ihre vollständige Unterordnung unter eine Macht, die mit Vorschriften und Vorgaben die Bedingungen ihres Lebens setzt, ist die objektive Grundlage für den Fehler von Leuten, sich als Volksangehörige mit all dem zu arrangieren und sogar zu identifizieren; und mit dieser affirmativen Einstellung zu ihrem Untertanendasein machen sie das Herrschaftsverhältnis erst so richtig stark und stabil.

Mündige Staatsbürger sehen das allerdings ein wenig anders. Sie halten es normalerweise für eine absolute, nicht weiter zu hinterfragende, geschweige denn kritikable *Selbstverständlichkeit*, Deutsche, Franzosen, Chinesen zu sein und sich als solche »zu

fühlen«. Danach gefragt, was der Inhalt ihres »Nationalgefühls« ist, wissen sie zwar oft nicht viel zu sagen. Das macht aber nichts, denn zwei Grundelemente reichen völlig hin: Erstens der durch nichts zu erschütternde Eindruck, dass man im eigenen Staat allemal besser aufgehoben ist als in einem fremden – ein Eindruck, den man sich an den Bewohnern fremder Herrschaftsgebiete mit ihrem eigentümlichen Aussehen, ihren merkwürdigen Sitten und ihrem fragwürdigen Geschmack jederzeit unschwer verdeutlichen kann. Und zweitens die Freiheit, sich für die besondere Vorzüglichkeit der eigenen Nation eine passende *Bebildung* vorzustellen – Heimat (in der man seine Kindheit verlebt hat), Landschaft, Kultur (Dichter und Denker) oder auch Lebensart (Frühlingsfest), so dass einem irgendwie warm ums Herz wird. *Womit* man sich auf dieser Vorstellungs- und Gefühlsebene alles gemein macht und *was* man sich damit alles einhandelt, wenn man als national denkender Zeitgenosse in die Pflicht genommen wird, daran darf man keinen Gedanken verschwenden; das wäre »zersetzend«. Außer linken Skeptikern fragt danach aber sowieso niemand, weil im Grunde alle das seltsam abstrakte Gefühl, das einen Menschen, der einer *Gewalt* unterworfen ist, mit dieser und mit allen anderen, die im selben Verhältnis zu ihr stehen, *zusammenschließt*, für etwas ganz und gar Normales halten.

In dieser Art und Weise sind also auch Chinesen in ihrer übergroßen Mehrheit *ganz normale Nationalisten*. In ihrem Leben befolgen sie die Vorgaben ihrer chinesischen Herrschaft und verhelfen damit ihrem Staat zu mehr Mitteln: Sie arbeiten an seiner Exportbilanz mit, sie zahlen ihm Steuern, sie sorgen für eine nächste arbeitswillige und -fähige Generation und sie denken und fühlen als chinesische Patrioten. Und tatsächlich unterstützt der chinesische Staat sein Volk bei dem, was es (auf Basis seiner pro-marktwirtschaftlichen Grundentscheidung) zu tun hat – das ist schließlich Interesse und Aufgabe einer Regierung, die will, dass die Reichumsvermehrung auf ihrem Territorium funktioniert und wächst. Das heißt zwar überhaupt nicht, dass die Politiker einem größeren Teil ihrer Untertanen dazu verhelfen, dass *deren* Lebenspläne aufgehen. Aber die chinesische Staatsgewalt erweist sich dauernd und in allen möglichen Lebenslagen als unumgängliche und notwendige *Bedingung* dafür, dass private Interessenverfolgung überhaupt stattfinden kann: Mit ihrem Arbeitsrecht sorgt sie für mehr Sicherheit bei den Wanderarbeitern, die ihren Lohn von den Unternehmen wollen; mit ihren staatlichen Aufkaufpreisen sorgt sie für eine gewisse materielle Existenzsicherung der Bauern; mit Straßen und Bussen sorgt sie in den Städten dafür, dass die Leute zur Arbeit kommen usw. usf.

Auf dieser Basis deuten die chinesischen Menschen – wie auch sonst in der Welt üblich – all das, was sie stört und ihr Leben beeinträchtigt, als *Versäumnis* oder Fehler ihrer Regierung. Sie drehen das wirkliche Verhältnis – eine Herrschaft organisiert das Leben ihres Volks so, dass *ihre* staatlichen Mittel möglichst größer werden – ideell um: Für sie hat »ihr Staat« die Aufgabe, sich um die Sorgen des Volks zu kümmern. Chinesische Menschen messen ihre Politiker daran, ob sie eine gute, fürsorgliche Herrschaft auf die Beine stellen, nehmen zu ihr also ein ganz unangebracht *zutrauliches* Verhältnis ein – und zwar auch und gerade dann, wenn sie sich ärgern und *beklagen*, dass ihnen in ihrem Alltag Unrecht geschieht. Sogar wenn deutlich wird, dass das mitnichten nur in Einzelfällen passiert, sondern sich Millionen geschädigt und unter wenig hoffnungsvollen Perspektiven gesetzt sehen – auf ein zugrunde liegendes *Prinzip*, auf den notwendigen Gegensatz von oben und unten, wollen sie nicht schließen. Stattdessen hofft jeder für sich, dass es doch irgendwann und irgendwo *gerecht* zugehen muss – bei der nächst höheren Stelle, der er seine Bitten vorträgt, oder schlussendlich wenigstens bei der Regierung in Beijing.